

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 1 (1909)
Heft: 9

Rubrik: Aus der internationalen Gewerkschaftsbewegung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

messen, was jeder leicht selber ausrechnen kann, der es nicht in anderer Weise erfährt.

Nun ergibt aber unsere Lohnstatistik, dass rund $\frac{4}{5}$ der in Bern und Umgebung beschäftigten Metallarbeiter weniger als 6 $\frac{1}{2}$ Franken, dass über $\frac{1}{3}$ sogar weniger als 5 Franken pro Tag verdienen, d. h. weit unter dem Jahresinkommen von 2000 Franken bleiben, das notwendig wäre, um für sie und ihre Familienangehörigen nur in Bezug auf Nahrung, Kleidung und Wohnung die den hygienischen und sittlichen Erfordernissen unserer Zeit entsprechenden Ausgaben zu machen.

Es bleibt daher den Arbeitern, die in der Mehrzahl 200 bis 600 Franken jährlich weniger verdienen, als sie verbrauchen müssten, um gesund, lebenskräftig und lebensfähig zu bleiben, weiter nichts übrig, als Schulden zu machen, zu sparen, dass die Schwarten krachen, oder mit Hilfe ihrer Leidensgenossen den Kampf um bessere Arbeits- und Existenzverhältnisse aufzunehmen.

Mit dem Schuldenmachen kommen Arbeiter nicht weit. Es mag einzelnen gelingen, sich auf diese Weise kurze Zeit über Wasser zu halten, die meisten werden jedoch dadurch nachher um so gründlicher in die Tiefen des wirtschaftlichen und geistigen Elendes versinken, aus dem nicht so bald einer wieder enttrinnen kann.

Was das Sparen anbetrifft, zeigt schon unsere Statistik über die Ausgaben für Wohnungs-Miete, wie die untern Lohnklassen sich einschränken. Wer es unternimmt, vom Rathaus in Bern die Postgasse hinunter zu pilgern und in der untern Stadt, am Stalden, an der Matte die erbärmlichen Hütten anzusehn, in denen meistens kinderreiche Arbeiterfamilien wohnen müssen, wer sich die Arbeiterwohnungen der Brunnengasse, der Metzgergasse und im Lorrainequartier schon näher angesehen hat, der muss staunen, wie es möglich ist, in solchen Behausungen Gesundheit und Lebensfreude auch nur kurze Zeit erhalten zu können.

Ueberfüllte Wirtshäuser und Spitäler, wenn nicht Gefängnisse und Narrenhäuser, bilden die Gegenstücke derartig schlimmer Wohnungszustände.

Unterernährung, geistige Verrohung sind ebenfalls Folgen derartiger Zwangsparsnisse in den untern Volksschichten, die ferner dazu führen, das Missverhältnis oder die Dissonanz zwischen Produktion und Konsum zu steigern. Ein Uebel erzeugt das andere, bis schliesslich die Not unerträglich wird, aber dann könnte es zu spät sein, sich dagegen wehren zu wollen.

Den Unternehmern rufen wir zu: Lasst euch nicht durch herzlose Demagogen oder durch das Gefühl eurer wirtschaftlichen Macht irreleiten, um dem Arbeiter auch das zu verweigern, was er zur Erhaltung seiner Gesundheit, seiner Kraft und Lebenslust notwendig braucht.

Hochstehende, mächtige Kulturvölker haben zu Grunde gehen müssen, weil sie den Bedürfnissen und den Forderungen der Arbeiter keine oder zu wenig Rechnung getragen haben. Den Arbeitern aber hoffen wir gezeigt zu haben, dass es für sie nur eine Lösung geben kann aus dem Dilemma, nur eine Rettung vor der Not, die denen entgegenstarrt, die nicht schon mitten drin stecken.

Diese Lösung und Rettung erfordert ihren Anschluss und ihre stete Beteiligung an der Arbeiterbewegung, an die gewerkschaftliche, politische und genossenschaftliche Organisation, um durch *Kampf* diejenige Verbesserung ihrer Existenz erreichen zu können, die ihnen sonst nicht gewährt wird.



Aus der internationalen Gewerkschaftsbewegung.

Aus der französischen Gewerkschaftsbewegung.

Ein dreijähriger Kampf zwischen den Unternehmern und Arbeitern der Pariser Bauindustrie ist nun-

mehr zu einem vorläufigen Abschluss durch die Ausarbeitung eines Tarifvertrages gekommen. Der Kampf selbst, in dem die heute stärkste Gewerkschaft Frankreichs gross geworden ist, stellt zugleich die Geschichte der französischen Arbeiterbewegung der letzten drei Jahre dar. Unter den Berufen, die der auf dem Gewerkschaftskongress von 1904 ausgegebenen Parole, am 1. Mai 1906 in den Generalstreik um den Achtstundentag einzutreten, folgten, befanden sich die Pariser Maurer und Bauhilfsarbeiter an erster Stelle. Nach einem sechswöchigen Kampfe musste die Arbeit ohne Erfolg wieder aufgenommen werden. Die Maurer und Bauhilfsarbeiter, die damals kaum 1000 Mann in Paris organisiert und in verschiedenen Syndikaten, die einander befehdeten, organisiert waren, hatten aus diesem Generalstreik gelernt. Zunächst begannen sie ihre schwachen Syndikate zu vereinigen und ihre Organisation auszubauen. Von ihnen ging auch die Initiative aus, die zur Verschmelzung der verschiedenen Berufsverbände der Bauindustrie zu Ostern 1907 führte. Waren zu diesem Zeitpunkt 12,000 bis 14,000 Arbeiter der Bauindustrie in den verschiedenen Verbänden organisiert, so umfasst heute die Fédération du Bâtiment nahezu 60,000 Arbeiter, wovon etwa die Hälfte in Paris.

Die Bauarbeiter von Paris, denen ein potentes, gut organisiertes Unternehmertum gegenübersteht, begannen nun, nachdem sie die Niederlage der Achtstundenbewegung einigermaßen überwunden hatten, einen hartnäckigen Kleinkrieg von Baustelle zu Baustelle, der hauptsächlich der Erhöhung der Löhne galt. Das führte im Frühjahr 1908 zur Aussperrung der Arbeiter und zu dem Versuch der Gründung einer gelben Organisation durch die Unternehmer. Der Versuch scheiterte jedoch, und die Aussperrung musste schon nach vierzehn Tagen aufgehoben werden. Die Unternehmer suchten nun der rasch aufblühenden Organisation der Arbeiter dadurch Herr zu werden, indem sie die Bauten an sogenannte «Tâcherons» zur Ausführung übergaben. Durch den Einfluss der Gewerkschaft war das Tempo der Arbeit erheblich verlangsamt worden, und die Tâcherons, Zwischenmeister oder Partieführer, wurden nun als Antreiber hinter die Arbeiter gestellt.

Im vergangenen Frühjahr wollten nun die Arbeiter ihrerseits in den Streik treten, um das verderblich wirkende Schwitzsystem der Tâcherons zu beseitigen und den Neunstundentag durchzusetzen. Der Generalstreik, der infolge des Streiks der Pöstler erklärt wurde und an dem sich nur die Pariser Bauarbeiter in grösserer Zahl beteiligten, vereitelte diesen Plan. Der Kampf musste auf den Herbst verlegt werden.

Die Unternehmer, die von dem Plane Wind bekommen hatten, wollten die Erklärung des Streiks hinausziehen und erboten sich zu Unterhandlungen bereit, ehe die Arbeiter noch ihre Forderungen gestellt hatten. Die Gewerkschaft durchschaute jedoch den feinen Plan, der Streik wurde erklärt und nach zweiwöchiger Dauer mit einem schönen Erfolg für die Maurer, Bauhilfsarbeiter und Steinmetzen beendet. Der Neunstundentag ist zwar nicht erreicht worden; ebenso bleibt die Akkordarbeit, da wo sie eingeführt war, bestehen. Die Tâcherons sind jedoch beseitigt, die Organisation der Arbeiter als deren Vertreterin anerkannt, ein bis zum 1. Januar 1911 laufender Tarifvertrag abgeschlossen und erhebliche Lohn-erhöhungen durchgesetzt worden. Die Löhne der Arbeiter der verschiedenen Kategorien betragen pro Stunde: für Steinmetzen 1 Fr. bis 1 Fr. 30, für Ziegelsteinmaurer 1 Fr., für Gipser 95 Cts., für Steinmaurer 85 Cts., für Fassader 1 Fr., für Steinträger 80 Cts. und für die anderen Kategorien der Hilfsarbeiter 65 bis 75 Cts. Eine aus je vier Delegierten der Unternehmer und der Arbeiter zusammengesetzte gemischte Kommission hat über

die Durchführung des Vertrages zu wachen und bei eventuellen Streitigkeiten zu entscheiden. Der Vertrag findet bei den « Revolutionären » lebhaften Gegner, besonders wegen der zuletzt erwähnten Bestimmung. Er bedeutet aber nichtsdestoweniger einen grossen Erfolg langjähriger und harter Kämpfe.

Einen ausserordentlichen Kongress beruft der Vorstand des französischen Eisenbahnerverbandes auf den 11., 12. und 13. Dezember ein. Der Vorstand begründet diesen Beschluss mit der « Unmöglichkeit, sich mit den Interessen der Mitglieder zu beschäftigen, in die er durch die Hindernisse, die verschiedene Mitglieder seinem Funktionieren entgegenstellen, versetzt ist ». Wir hatten seinerzeit über den Kongress der Eisenbahner, der den « Reformisten » die Mehrheit brachte, berichtet. Die Revolutionäre veranstalteten nun ganz besonders gegen den Sekretär, Genossen Guérard, ein heftiges Kesseltreiben, das nunmehr zur Einberufung des Kongresses führte. Nachdem es der Organisation nach langen Kämpfen endlich gelungen war, das Pensionsrecht der Eisenbahner gesetzlich zu regeln, ging sie daran, durch eine allgemeine Bewegung die Löhne zu erhöhen. Der Bruderkrieg hat nun diese Aktion von vornherein lahmgelegt. Hoffentlich räumt der kommende Kongress mit den Leuten, die ihren Kampfesifer an der falschen Stelle verschwenden, gründlich auf.

Einen bedeutungsvollen Schritt haben die Beamtenvereine Frankreichs vollzogen. Etwa 20 Verbände mit etwa 170,000 Mitgliedern haben sich zu einer Fédération zusammengeschlossen. Der Zweck dieses Bundes ist die Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen der Staats-, Gemeinde- und Provinzialangestellten. Diese neue Fédération beruft sich zwar nicht auf das Gewerkschaftsgesetz, das man den Beamten bisher verweigert hat, sondern auf das Vereinsgesetz von 1901. Doch die äussere, vorläufig noch recht bescheidene Form ist von verhältnismässig geringer Bedeutung. Der Zusammenschluss aller Beamtenorganisationen, auch ausserhalb der Gewerkschaftsbewegung, ist von grosser prinzipieller Bedeutung, dessen Folgen noch gar nicht abgesehen werden können.

Josef Steiner.

Paris, den 2. Dezember 1909.

Sechste internationale Konferenz der Sekretäre der gewerkschaftlichen Landeszentralen.

(Schluss.)

Der vierte Punkt der Tagesordnung lautet:

Der Legitimationskartenzwang für ausländische Arbeiter in Preussen.

Hierzu hat die belgische Landeszentrale folgenden Antrag gestellt: « Um die Beseitigung der Legitimationskarten herbeizuführen, tritt die gewerkschaftliche Internationale mit der parlamentarischen Internationale in Verbindung. »

Legien gibt die Gründe bekannt, die die Gewerkschaftszentrale Deutschlands veranlassen, diesen Punkt zur Tagesordnung zu beantragen. Es handelt sich dabei um einen Willkürakt der preussischen Regierung gegen ausländische Arbeiter. Ausser dem Umstand, dass man von diesen Arbeitern, sobald sie preussisches Gebiet betreten, eine Steuer im Betrage von 6 Mark 50 Pfennig erhebt und für die Legitimationskarte extra 3 Mark fordert, kann diese Einrichtung nur dazu führen, die in Preussen einwandernden Arbeiter polizeilich zu Streikbrecherdiensten zu zwingen. Tatsächlich können durch die Einrichtung dieser Legitimationskarten die ausländischen Arbeiter jederzeit aus Preussen ausgewiesen werden, wenn es ihnen nicht gelingt, zu beweisen, dass sie irgendwo in Arbeit stehen. Die Konsequenzen einer der-

artigen Einrichtung für die Arbeiterschaft im Streikfalle oder bei grösseren Bewegungen sind leicht ersichtlich. Der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion war es gelungen, den Reichstag zu bewegen, eine Motion anzunehmen, durch die die preussische Regierung aufgefordert wird, die oppressive Massregel wieder zu beseitigen. Es erscheint jedoch die Wirkung des Reichstagsbeschlusses, in Anbetracht der Autonomie des preussischen Staates, sehr fragwürdig.

Die übrigen Nationen müssten da eingreifen, um, wie das für Italien der Fall war, gegen derartige Massnahmen des preussischen Staates gegen ihre Landskinder zu protestieren.

Rigola gibt über die in Italien diesbezüglich unternommenen Schritte Aufschluss. Partei und Gewerkschaften haben in Ober-Italien diese Angelegenheit in öffentlichen Versammlungen zur Sprache gebracht. Der Minister des auswärtigen Amtes ist in der Sache interpelliert worden und hat darauf geantwortet, dass die beanstandete Massnahme der preussischen Regierung den internationalen Abmachungen der Staaten zuwiderlaufe. Der italienische Minister stellte sogar in Aussicht, den Fall dem Haager Schiedsgericht vorzulegen, wenn direkte Reklamationen bei der preussischen Regierung nichts fruchten sollten.

Nach einer lebhaften Debatte zwischen den Kameraden Bergmans, Jouhaux, Yvetot und Hueber, in der die Zweckmässigkeit einer Verständigung, respektive eines gemeinsamen Vorgehens mit den politischen Organisationen bald verfochten, bald bestritten wurde, schlägt Appleton (England) vor, es sei der belgische Antrag in der Weise umzuändern, dass die Organisationen der verschiedenen Länder aufgefordert werden, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln gegen den preussischen Legitimationskartenzwang anzukämpfen.

Bei der darauf folgenden Abstimmung wird dem Vorschlag Appleton zugestimmt.

Hierauf ersucht Genosse Rakowsky (Rumänien) die Konferenzteilnehmer, gegen die brutale Ausweisungspraxis der rumänischen Regierung Protest zu erheben. Dem Gesuch wird entsprochen.

Die internationale Berichterstattung.

Jouhaux protestiert namens der Confédération Générale du Travail Frankreichs gegen gewisse Bemerkungen, den Einfluss der Anarchisten auf die Gewerkschaftsbewegung betreffend, die in den Berichten einzelner Landeszentralen (unter andern Spaniens und Hollands) enthalten sind. Jouhaux verlangt, man möge derartige, durchaus deplacierte Bemerkungen in Zukunft unterlassen.

Legien erklärt, die französischen Kameraden müssten vorerst die Unrichtigkeit der Berichte nachweisen, bevor sie mit einer solchen Motion hervortreten.

Jouhaux verliest hierauf einzelne Stellen aus den Berichten der spanischen und holländischen Landeszentralen, in denen tatsächlich die Anarchisten scharf kritisiert werden und von denen er behauptet, dass sie der Wirklichkeit nicht entsprechen.

Nachdem Legien erklärt hat, dass die Sekretäre der Landeszentralen für die von ihnen eingesandten Berichte allein verantwortlich seien, schildern Barrio für Spanien und Oudegeest für Holland die Situation, die sie veranlasste, im internationalen Bericht die Tätigkeit der Anarchisten auf dem Gebiet der Gewerkschaftsbewegung zu kritisieren.

Es folgt noch eine kurze Auseinandersetzung zwischen Legien und Jouhaux über die Verhältnisse in Frankreich, und man geht über zu Punkt V der Tagesordnung:

Einfuhr von Streikbrechern.

Hierzu liegen folgende Anträge vor:

1. *Nordamerika*: «Die Konferenz erklärt, dass es das Ziel der Arbeiterbewegung aller Länder ist, mit allen Kräften die Abwanderung der Arbeiter aus einem Lande in andere Länder in Zeiten industrieller Depression, während Lohnkämpfen oder wenn solche bevorstehen, zu verhindern; es ist die Pflicht der verantwortlichen Vertreter der Arbeiterbewegung des in Frage kommenden Landes, den internationalen Sekretär zu informieren, welcher seinerseits sofort den Vertretern der Arbeiterschaft jedes Landes Mitteilung macht.»

1 a. *Belgien*: «Die Worte «Abwanderung der Arbeiter» sind in «Einwanderung der Streikbrecher» umzuändern.»

2. *England*: «Die Konferenz verurteilt die Handlungsweise derjenigen Arbeiter, welche sich an internationale Unternehmertumkartelle verdungen haben und dadurch in fremde Arbeitskämpfe eingriffen, weil eine solche Handlungsweise gegen die ureigensten Interessen der Arbeiter selbst gerichtet ist und den wachsenden Geist der Solidarität vernichten hilft. Sie verurteilt ferner die Haltung derjenigen Arbeiter, welche als Seeleute engagiert waren, aber bei Kämpfen die Arbeit von Dockarbeitern ausführten.

Die Konferenz begrüsst auch die Versuche der englischen Arbeiterpartei, die Anwendung der Prinzipien des «Foreign Enlistment Act» (Gesetz betreffend Anwerbung im Auslande) auch auf die Organisation von Streikbrechertransporten nach anderen Ländern zu sichern.»

Appleton begründet den Antrag Englands. Nach einer vehementen Kritik über die Haltung der Streikbrecher und der Unternehmer, die solche importieren, tritt er für Massnahmen ein, wie sie bereits die englische Arbeiterpartei im Unterhaus befürwortete, das heisst Massnahmen, die die Massenimportation fremder Arbeiter zum Zwecke des Streikbruches als ungesetzlich erklären.

Huysmans ist der Ansicht, diese Frage hätte eigentlich in geschlossener Sitzung besprochen werden müssen. Obschon er im allgemeinen durchaus nicht den in der «Voix du Peuple» verfochtenen Theorien der «Direkten Aktion» huldigt, scheint ihm, gegenüber Streikbrechern könnten die Engländer doch mit Erfolg ihre französischen Kameraden nachahmen.

Yvetot gibt seiner Freude Ausdruck, wenigstens in einem Punkte die ausländischen Delegierten mit den französischen Syndikalisten einverstanden zu sehen. Er hofft, man werde durch die Erfahrung noch lernen, dass die «Direkte Aktion» nicht nur den Streikbrechern, sondern allen Ausbeutern gegenüber angebracht sei.

Punkt VI der Tagesordnung:

Verkürzung der Arbeitszeit und gesetzliche Regelung der Heimarbeit.

Hierzu liegen folgende Anträge vor:

1. *Dänemark*: «a) Ist die Konferenz einig mit den dänischen Gewerkschaften darin, dass die gegenwärtigen, von der privatkapitalistischen Produktionsweise verursachten und von den Arbeitern so hart empfundenen äusserst schlechten ökonomischen Verhältnisse es als wünschenswert erscheinen lassen, dass das grösste Gewicht auf die Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit gelegt wird?

Und im bejahenden Falle:

b) Billigt man, dass sich die dänischen Gewerkschaften darauf vorbereiten, Forderungen auf Herabsetzung der Arbeitszeit zu stellen, selbst mit der Gefahr vor Augen, dass die Durchführung dieser Forderung einen

grossen Kampf im Gefolge haben könnte, und kann hierbei auf eine ökonomische Unterstützung von seiten der Gewerkschaften der übrigen Länder gerechnet werden?»

2. *Belgien*: «Ebenso, wie man eine gesetzliche Regelung der Arbeit in Fabriken ausgearbeitet hat, ist es unbedingt notwendig, in Bälde eine gesetzliche Regelung der Heimarbeit in Erwägung zu ziehen.»

Madsen (Dänemark) referiert über den Antrag und die Anfrage der dänischen Gewerkschaften. Indem die Gründe, die nach der Ansicht der dänischen Kameraden für die Einleitung einer möglichst ausgedehnten Bewegung zugunsten der Verkürzung der Arbeitszeit sprechen, genau dieselben sind, die in allen übrigen Ländern, wo überhaupt organisierte Arbeiter anzutreffen sind, geltend gemacht werden, brauchen wir hier nicht näher auf das Votum des Genossen Madsen einzutreten.

Verfänglich erscheint die offizielle Frage, die die dänischen Gewerkschaften den Delegierten der übrigen Länder stellen, das heisst die Frage, ob die Gewerkschaftszentralen sich von vornherein verpflichten, im Notfalle den dänischen Kameraden im Kampfe um eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit beizustehen.

Es ist ja selbstverständlich, dass die dänischen Gewerkschaften auf den finanziellen Beistand der übrigen Länder rechnen dürfen. Dagegen ist es den Delegierten unmöglich, ohne nähere Kenntnis der Sachlage und ohne Gelegenheit gehabt zu haben, mit den Gewerkschaftsverbänden der von ihnen vertretenen Länder die Sache zu besprechen, heute schon bestimmte Verpflichtungen über die Art und Ausdehnung der Hilfeleistung einzugehen.

Auf Antrag *Huebers* wird daher diese Frage zur Prüfung dem internationalen Sekretär überwiesen, der durch Zirkular die Landeszentralen über das Resultat seiner Untersuchung orientieren wird.

Wahl des internationalen Sekretärs.

Auf Antrag des Kameraden *Alan-Gee* (England) wird Legien neuerdings als Sekretär der gewerkschaftlichen Internationale gewählt und es wird ihm für seine Bemühungen eine Entschädigung von 400 Mark zugesprochen.

Jouhaux empfiehlt hierauf den Delegierten, für die Verbreitung der internationalen Hilfssprache «Esperanto» einzutreten.

Nachdem noch der internationale Sekretär beauftragt worden war, mit den russischen Gewerkschaftsorganisationen engere Verbindungen anzuknüpfen, und nachdem ein Situationsbericht über den Ausstand der Arbeiter der Streichholzfabriken Bulgariens zur Kenntnis genommen war, wurde als nächster Zusammenkunftsort *Budapest* bezeichnet.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft und die VI. internationale Konferenz der Sekretäre der gewerkschaftlichen Landeszentralen geschlossen.

Während der Verhandlungen, die volle drei Tage in Anspruch nahmen, zeigten die Delegierten, trotz der oft lebhaften Auseinandersetzungen, dass sie sich des Ernstes und der Würde der Sache, die sie zu vertreten hatten, nämlich der Bewegung des Proletariats beider Welten, durchaus bewusst waren.

Zum Schlusse bleibt uns noch die Genugtuung, dass nun auch die viel kritisierte «American Federation of Labour» sich seither der gewerkschaftlichen Internationale angeschlossen hat.

Samuel Gompers hat wenigstens in diesem Falle Wort gehalten, und wir haben alle Ursache, uns über diesen ersten Schritt zur internationalen Vereinigung der Proletarier aller Länder zu freuen.

Druck und Administration: Unionsdruckerei Bern, Kapellenstrasse 6.

Das Inhaltsverzeichnis zum I. Jahrgang der «Gewerkschaftlichen Rundschau» folgt als Beilage zu Nr. 1 des Jahrgangs 1910.

